

Ausschuss-Beratungen am 6. Mai 2026 in Einfacher Sprache

Am Ende vom Bericht gibt es ein Wörterbuch.
Alle unterstrichenen Wörter werden im Wörterbuch erklärt.

Am Mittwoch, 6. Mai 2026, ab 9:00 Uhr
gibt es wieder Ausschuss-Beratungen.
Die Sitzungen vom Salzburger Landtag können [live](#) angeschaut werden.
Die Sitzung beginnt um 9:00 Uhr.

Die Zusammenfassung der Anträge:

TOP 1 (9:00 Uhr): Flexible Arbeitszeit

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen](#) diskutiert.

Es gibt immer mehr flexible Arbeitszeit-Modelle.
Zum Beispiel:
In vielen Firmen gibt es Gleitzeit.
Oder die 4-Tage-Woche.

Flexible Arbeitszeit-Modelle werden immer wichtiger.
Bei Erwachsenen ist das leicht möglich.
Bei Lehrlingen ist es schwer.

Das Gesetz erlaubt Jugendlichen
nur 8 Stunden Arbeit pro Tag.
Manchmal sind 9 Stunden erlaubt.
Eine 4-Tage-Woche ist so nicht möglich.

Wenn eine Firma eine 4-Tage-Woche hat,
kann sie Lehrlinge nur in Teilzeit anstellen.
Das ist aber nur selten erlaubt und
nicht gut für die Ausbildung.

Die Abgeordneten fordern:
Die Arbeitswelt ändert sich schnell.
Darum soll das Gesetz angepasst werden.
Jugendliche sollen bis zu 10 Stunden pro Tag arbeiten dürfen.
Die Woche soll aber höchstens 40 Stunden haben.

Die Gesundheit der Jugendlichen ist sehr wichtig.
Die Änderungen sollen nur kommen,
wenn Arbeitsmediziner das gut prüfen.

TOP 2 (9:30 Uhr): Geld für Bauen und Wohnen vom Bund

Der Antrag der FPÖ wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr](#) diskutiert.

Der Bund hat 2024 ein Bau- und Wohn-Paket beschlossen.
Das ist Geld für Neubauten und Sanierungen.
Es gibt dafür insgesamt 1 Milliarde Euro bis 2026.

Es gibt Probleme bei der Umsetzung.
Es hat zu wenig Zusammenarbeit
zwischen dem Bund und den Ländern gegeben.
Die Regeln in den Bundesländern sind sehr unterschiedlich.
Das macht die Nutzung des Geldes schwer.

Bisher wurde nur ein Teil vom Geld zugesagt
und wenig wirklich verwendet.
Es ist möglich,
dass ein Teil des Geldes nicht genutzt wird.
Das Geld soll aber nicht verloren gehen.

Die Abgeordneten fordern:
Der Bund soll dafür sorgen,
dass ungenutztes Geld
weiter für leistbares Wohnen verwendet werden kann.
Die Regeln sollen so geändert werden,
dass die Länder das Geld schneller,
einfacher und passend einsetzen können.

Maßnahmen sollen
mit den Ländern abgestimmt werden.

TOP 3 (10:30 Uhr):

Dienstzeit- und Gehalts- System für die Polizei

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Die Polizei sorgt jeden Tag für Sicherheit.
Die Arbeit ist oft schwierig.

Es gibt ein neues Dienstzeit- und Gehalts-System
für die Polizei.

24-Stunden-Dienste fallen weg.

Es gibt mehr Pflicht-Wochenenden.

Es gibt weniger Journaldienst-Stunden.

Das führt zu weniger Geld.

Viele verlieren 500 bis 700 Euro netto im Monat.

Die Abgeordneten fordern:

Die Bundesregierung soll das neue Dienstzeit-System
schnell prüfen und verbessern.

Die Verluste von 500 bis 700 Euro netto pro Monat
sollen ganz ausgeglichen werden.

Es soll wieder flexible Dienstzeiten geben.

Freiwillige 24-Stunden-Dienste sollen möglich sein.

Es soll kein zweites Pflicht-Plan-Wochenende geben.

Ein Plan-Wochenende ist ein fest eingeplantes Arbeits-Wochenende.

Das hilft Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

Es sollen weiterhin Journaldienst-Stunden möglich sein,
damit das Einkommen gleichbleibt.

Außerdem wird eine neue Bezahlung gefordert:

Das Grundgehalt soll deutlich steigen.

Mehr Teile des Gehalts sollen für die Pension zählen.

Warum?

Viele Teile vom Gehalt sind Zulagen.
Das ist oft schlecht für die Pension.
Das macht den Beruf unattraktiver.

TOP 4 (11:00 Uhr): Leerstands-Management

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr](#) diskutiert.

Leerstands-Management bedeutet:
Die Gemeinde oder das Land kümmert sich darum,
dass leere Gebäude und Räume nicht lange leer stehen.

Es geht um Gewerbe-Immobilien.
Es geht um Flächen für Büros, Geschäfte und Betriebe.

Es gibt ein Problem:
Für leere Büros, Geschäfts-Flächen und Betriebs-Gebäude
gibt es keine Leerstands-Abgabe.

So werden neue Gewerbe-Bauten bewilligt,
obwohl es anderswo leere Flächen gibt.
Zum Beispiel:
Am Ortsrand wird viel neu gebaut.
Aber in den Ortskernen stehen viele Geschäfte leer.

Eine Leerstands-Abgabe kann helfen.
Dann werden leere Flächen eher vermietet.
Das kann Arbeitsplätze bringen.
Weniger Flächen werden verbraucht.

Die Abgeordneten fordern:
Das Land soll in einem Jahr
ein landesweites Leerstands-Management
für gewerblich genutzte Gebäude einführen.

Es soll eine gesetzliche Leerstands-Abgabe
für gewerbliche Räume geben.
Das Land soll alle gewerblichen Leerstände erfassen.

Gemeinden sollen bei neuen Bauanträgen prüfen,
ob es genug freie Bauten und Flächen gibt.
Wenn ja, soll es keine Bewilligung für neue gewerbliche Räume geben.

Die Landesregierung soll dem Landtag
innerhalb von einem Jahr Vorschläge vorlegen.

TOP 5 (12:00 Uhr): Landes-Ehrungen

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Ehrungen des Landes sind Auszeichnungen.
Sie stehen für Vorbilder und gute Werte.

Die Landesregierung hat einem Geehrten
die Auszeichnung aberkannt.
Grund waren schwere Vorwürfe.
Das Gesetz erlaubt so eine Aberkennung.

In der Stadt Salzburg wurde erforscht,
welche Personen stark mit dem NS-System verbunden waren.
NS ist eine Abkürzung für [Nationalsozialismus](#).

Die Forschung hat gezeigt:
7 Männer mit starker NS-Verbindung
haben Ehrungen des Landes Salzburg bekommen.

Die Abgeordneten fordern:
Die Landesregierung soll sofort Verfahren starten
und den 7 Männern die Ehrungen aberkennen.

Es soll geprüft werden,
ob auch anderen Geehrten mit NS-Belastung
die Ehrung aberkannt werden muss.

Alle bisherigen Ehrungen
sollen auf NS-Belastungen überprüft werden.
Am besten gemeinsam mit Forschungseinrichtungen.

Die Landesregierung soll dem Landtag
in sechs Monaten über die Ergebnisse berichten.

TOP 6 (14:00 Uhr):

Digitale Technik und künstliche Intelligenz (KI)

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur](#) diskutiert.

In der Landwirtschaft gibt es immer mehr digitale Technik
und künstliche Intelligenz (KI).
Die Technik bringt Chancen,
aber auch Gefahren.

Es ist wichtig,
dass junge Menschen lernen,
wie sie mit digitaler Technik und KI gut umgehen können.
Sie sollen später landwirtschaftliche Betriebe
mit digitaler Technik gut führen können.

Die Abgeordneten fordern:
Die Landesregierung soll dafür sorgen,
dass digitale Technik und KI fest in die Lehrpläne
aller land- und forstwirtschaftlichen Schulen aufgenommen werden.

Lehrkräfte sollen dafür aus- und weitergebildet werden.
Sie sollen die nötige technische Ausstattung bekommen.

TOP 7 (14:30 Uhr):

Zahn-Füllungen

Der Antrag der FPÖ wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert.

Früher hat die Krankenkasse Zahn-Füllungen mit Amalgam bezahlt.
Es gibt Füllungen aus anderem Material.
Die Füllungen nennt man amalgamfreie Füllungen.

Seit 2025 ist Amalgam für Zahn-Füllungen verboten.
Warum?

In Amalgam ist Quecksilber enthalten.
Quecksilber ist schädlich für die Gesundheit und die Umwelt.

Wer bezahlt die amalgamfreien Füllungen?
Oft müssen die Patienten die Füllungen bezahlen.
Viele Versicherte wissen nicht, ob die Kasse zahlt
oder sie selbst zahlen müssen.

Die Abgeordneten fordern:
Die Landesregierung soll vom Bund verlangen,
dass amalgamfreie Zahn-Füllungen überall in Österreich
einheitlich als Kassen-Leistung bezahlt werden.
Eine verlässliche Regelung für alle ist wichtig.

TOP 8 (15:30 Uhr): Digitaler Förder-Bericht

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch
im [Finanz-Ausschuss](#) diskutiert.

Das Land Salzburg gibt Förder-Geld
an Personen, Vereine und Firmen.
Es gibt eine Datenbank mit den Informationen.
Aber es gibt keine einfache Übersicht
für die Bürgerinnen und Bürger.

In Oberösterreich gibt es schon einen Förder-Bericht.
Die Abgeordneten fordern:
In Salzburg soll es auch so einen Förder-Bericht geben.

Im Bericht soll man gut Informationen suchen können.
Die Menschen sollen leicht sehen können,
wer Geld bekommt und wofür.
Der Bericht soll auf der Website des Landes veröffentlicht werden.

TOP 9 (16:00 Uhr): Beitrags-Grenze für die Kranken-Versicherung

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert.

Menschen mit sehr hohem Einkommen zahlen nur bis zu einem bestimmten Betrag Beiträge für die Kranken-Versicherung. Die Grenze liegt bei fast 7000 Euro pro Monat. Auf das Einkommen darüber muss man nichts mehr zahlen. Das nennt man Beitrags-Grenze.

Die Abgeordneten fordern:
Die Landesregierung soll beim Bund die Abschaffung dieser Beitrags-Grenze verlangen.

Warum?
Das öffentliche Gesundheits-System hat zu wenig Geld.
Es fehlt Personal.
Wartezeiten sind lang.
Leistungen werden weniger.

Wenn die Grenze abgeschafft wird, kommt mehr Geld in die Kranken-Versicherung. Mit diesem Geld kann man die Versorgung am Land ausbauen, die Arbeitsbedingungen verbessern und Wartezeiten verkürzen.

Die Landesregierung soll dem Landtag innerhalb von sechs Monaten berichten, was unternommen wurde und welche Antworten es vom Bund gibt.

TOP 10 (17:00 Uhr):

Tagesheim (THK) für Kleinkinder im SPZ

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert.

SPZ ist die Abkürzung für Sozialpädagogischen Zentrum.

Das Tagesheim für Kleinkinder im SPZ wird ab August 2027 geschlossen. Grund sind Bauarbeiten.

Durch die Schließung fallen Betreuungs-Plätze weg. Viele Eltern haben jetzt Probleme.

Sie finden schwer Ersatz.
Anmelde-Fristen für andere Einrichtungen
sind oft schon vorbei.

Die Abgeordneten fordern:
Das Land soll prüfen,
wie das THK am jetzigen Standort weiterbestehen kann.
Das Land soll dafür das nötige Geld bereitstellen.

Für die Bauzeit soll es eine gute Übergangs-Lösung geben.
Die Kinder sollen in ihren Gruppen bleiben.
Sie sollen von den bisherigen Pädagoginnen betreut werden.

Die Landesregierung soll dem Landtag
innerhalb von zwei Monaten berichten.

Wörterbuch:

Leerstands-Management:

Leerstands-Management bedeutet:

Die Gemeinde oder das Land kümmert sich darum,
dass leere Gebäude und Räume nicht lange leer stehen.

NS:

NS ist eine Abkürzung für [Nationalsozialismus](#).

Plan-Wochenende:

Ein Planwochenende ist ein fest eingeplantes Arbeits-Wochenende.

Wörter, die in jeder Ausschuss-Sitzung vorkommen:

TOP:

TOP ist die Abkürzung für Tagesordnungspunkt.

Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.

Jeder Tagesordnungspunkt ist ein eigenes Thema.

Tagesordnungspunkt:

Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.

Jede Sitzung ist in Tagesordnungspunkte eingeteilt.

Jeder Tagesordnungspunkt bekommt ein eigenes Thema.

Dieses Thema wird dann in dem jeweiligen Tagesordnungspunkt diskutiert.

Ausschuss:

Die Abgeordneten arbeiten in Ausschüssen.

Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Fachleuten.

Die Ausschüsse gibt es zu verschiedenen Themen.
Zum Beispiel:
zum Thema Soziales
oder zum Thema Geld und Finanzen.

In einem Landtagsausschuss wird alles genau besprochen.
Die Abgeordneten laden oft Fachleute in einen Ausschuss ein.
Die Fachleute kennen sich bei bestimmten Themen gut aus.
Die Abgeordneten beraten sich mit den Fachleuten.
Die Fachleute können mit ihrem Wissen den Abgeordneten helfen.

Im Ausschuss sind weniger Abgeordnete als im Plenum.
Beim Plenum treffen sich alle Abgeordneten.

Die Parteien:

FPÖ:

FPÖ ist die Abkürzung für Freiheitliche Partei Österreichs.

GRÜNE:

Die Grünen

KPÖ PLUS:

KPÖ ist die Abkürzung für Kommunistische Partei Österreichs.
Plus heißt mehr.

ÖVP:

ÖVP ist die Abkürzung für Österreichische Volkspartei.

SPÖ:

SPÖ ist die Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Österreichs.

Die Ausschüsse:

Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur:

Hier werden Themen besprochen,
die mit Bildung, Schule, Sport oder Kultur zu tun haben.

Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik:

Hier geht es um Themen,
die mit der Zusammenarbeit von Österreich
und anderen Ländern in der EU zu tun haben.

Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität

Hier geht es um Planungen und den technischen Ausbau.
Zum Beispiel:
Planungen für den Öffentlichen Verkehr
oder für neue Straßen
oder für das Internet.

Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit:

Hier wird über soziale Themen und Gesundheit gesprochen.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen:

Hier wird über Wirtschaft, Energie oder Dinge,
die man zum Leben braucht gesprochen,
zum Beispiel das Wasser oder die Luft.

Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr:

Hier geht es um das Wohnen und das Planen.
Es geht um Fragen,
wo etwas gebaut werden darf und wo nicht.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz:

Hier geht es um Dinge,
die Einfluss auf unsere Umwelt haben.

Finanz-Ausschuss:

Hier entscheiden die Abgeordneten,
wofür das Land Salzburg Geld ausgeben soll.

Finanz-Überwachungsausschuss:

Hier wird überprüft,
ob das Geld vom Land sorgsam und richtig ausgegeben wird.

Petitionsausschuss:

Hier werden Wünsche der Bevölkerung besprochen.

Unvereinbarkeits-, Immunitäts- und Disziplinar-Ausschuss

Es geht um Meldungen,
die die Abgeordneten nach dem Gesetz abgeben müssen.
Es soll alles transparent sein.
Das bedeutet: Es soll alles nachvollziehbar sein.

Im Immunitätsausschuss geht es
um das Ersuchen von Behörden.
Zum Beispiel von der Bundes-Polizeidirektion.
Zum Beispiel um Zustimmung zu einer behördlichen Verfolgung
von Abgeordneten.

Verfassungs- und Verwaltungsausschuss:

Hier werden Gesetze beschlossen.

Redaktion:

Dr. Evelyn Feichtner-Tiefenbacher (Text) und Dr. Richard Voithofer, Salzburger Landtag – Landtagsdirektion, Wissenschaftlicher Dienst. Teile des Textes wurden mit KI-Unterstützung erstellt.

Evelyn Feichtner-Tiefenbacher ist Germanistin und von [capito Graz](#) als Fachkraft für Leichte Sprache und Barrierefreiheit zertifiziert.

Weitere Informationen über den [Salzburger Landtag in Leichter Sprache](#)

Für Leichte Sprache gelten genaue Regeln. [Informationen zu Leichter Sprache finden Sie auf der Homepage der Universität Hildesheim](#)

Bei Einfacher Sprache steht die Verständlichkeit im Vordergrund. Mit Texten in Einfacher Sprache können sich viele Menschen informieren. Die Sätze sind kurz. Fremdwörter werden vermieden. Fachbegriffe werden erklärt.